



Foto: dpa/Martin Gerten

TV-Klinikserien haben mit der Realität nichts gemein, sagen Forscher. Sind sie deshalb so beliebt? Seite 10



Foto: RTL

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 5. Juni 2014

69. Jahrgang/Nr. 129

Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

NSA als Sündenbock

Von Fabian Lambeck

Welcher Teufel mag Union und SPD geritten haben, als sie der Einberufung eines Untersuchungsausschusses zur NSA-Affäre ihre Zustimmung erteilten? War es der öffentliche Druck? Oder die Gewissheit, dass das Gremium die relevanten Akten und Zeugen ohnehin nicht zu sehen bekommt? Blauäugigkeit scheidet als Motiv sicher aus. Die transatlantisch bestens vernetzten Unions- und SPD-Granden wussten, dass die US-Amerikaner peinliche Enthüllungen über die alltägliche Praxis der gemeinsamen Geheimdienstarbeit sicher mit Liebes-, sprich Informationsentzug bestrafen würden.

Oder passt es der Regierung ganz gut in den Kram, dass sich die öffentliche Empörung vor allem gegen die NSA richtet und die deutschen Dienste so außen vor bleiben? Denn gerade die Arbeit von BND und Co. bedürfte einer genauen Prüfung. So durchforstet der BND am Frankfurter Internethafen DE-CIX – dem größten der Welt! – die Kommunikation, ohne dass dies so richtig ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gelangt wäre. Und dass deutsche Schlapphüte die in Afghanistan abgefangenen Handydaten an die US-Amerikaner weiterleiten, damit diese ihre Kilderhohnen ins Ziel leiten können, ist ein offenes Geheimnis. Die deutschen Dienste haben jede Menge Dreck am Stecken.

Wenn es das Kalkül von Union und SPD war, die ohnehin nicht greifbaren NSA-Verantwortlichen als Sündenböcke vorzuschieben, um die deutschen Dienste zu schützen, dann droht dieses Kalkül aufzugehen.

UNTEN LINKS

Nur noch sieben Mal schlafen. Nein, nicht was Sie denken! Von der Fußballweltmeisterschaft soll hier ausnahmsweise mal keine Rede sein. Von Toren, Selbsttoren, Strafstoßen und bösen Fouls aber schon. Aus der Sicht des Verlierers natürlich, denn die berührt unser Herz immer ganz besonders. Nur noch sieben Mal schlafen – und wir halten das Buch von Ex-Bundespräsident Christian Wulff in den Händen. Der Titel »Ganz oben, ganz unten« nimmt nicht nur eine kräftige Anleihe bei Günter Wallraff, sondern lässt wirklich Schlimmes befürchten. Dabei hat doch Wulffs Ex-Gattin, die wie immer etwas schneller als ihr Mann war, schon vor zwei Jahren zentrierweise ihr Selbstmitleid über uns ausgekippt. Und trotzdem einen Flop gelandet. Dabei ist die Affäre um das gescheiterte Glamourpaar auch schon filmisch umgesetzt worden – und hat quotenmäßig bei Weitem nicht die Erwartungen erfüllt. Fast scheint es, als habe Wulff »Ganz unten« am Verlierer-Image Gefallen gefunden. oer

Händel mit fiesem Händler

Gewerkschaft und Verlage setzen Versandkonzern Amazon weiter unter Druck



Foto: Imago/Thomas Frey

Berlin. Nachdem einige Pessimisten schon dachten, die Beschäftigten des Internetkonzerns Amazon könnten aufgeben, sind die Streikenden seit dem vergangenen Wochenende wieder da. Bereits an vier Versandstandorten gibt es Arbeitskämpfe, nach Bad Hersfeld und Leipzig sind auch die Beschäftigten im bayerischen Graben und in Rheinberg am Niederrhein im Ausstand. Nach Angaben der Gewerkschaft ver.di könnten weitere hinzukommen.

Die Gewerkschaft richtet sich auf einen langen Arbeitskampf ein. Der ver.di-Streikleiter in Rheinberg, Daniel Zimmermann, kündigte

an, ver.di wolle den Druck kontinuierlich bis zum Weihnachtsgeschäft erhöhen. »Bei einer solchen Auseinandersetzung braucht man Durchhaltekraft«, sagte er.

Amazon betont weiterhin, die Streiks hätten keine Auswirkungen auf den Versand. Gleichzeitig wächst der Druck aus einer anderen Ecke. Verlage und Buchhändler werfen dem Konzern »Wettbewerbsverzerrung« vor. Amazon missbrauche in den derzeitigen Verhandlungen über Rabatte bei E-Books seine Marktstellung, unter anderem halte der Versandhandel Bücher zurück oder verzögere die Lieferzeiten. Amazon wollte sich zu den Vor-

würfen nicht äußern. Der Börsenverband des Deutschen Buchhandels forderte von der Bundesregierung Unterstützung: »Wir halten eine Anpassung des Kartellrechts an die Gegebenheiten eines digitalen Marktes für notwendig«, sagte der Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins Alexander Skipis gegenüber »nd«.

Ob der Buchhandel sich in dieser Frage auf die Bundesregierung stützen kann, bleibt indes fraglich. Eine der großen regulatorischen Stützen – die Buchpreisbindung – könnte über das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa fallen. Damit wäre dann das System Amazon wieder im Vorteil. had Seite 2

Geschwärzte Akten für den NSA-Ausschuss

Bundesregierung sabotiert Snowden-Befragung / Abhör-Ermittlungen nur wegen Merkel-Handy

Die ersten Akten über Geheimdienstaktivitäten liegen dem NSA-Ausschuss vor. Allerdings wurden zuvor Namen und teilweise ganze Seiten geschwärzt.

Von Fabian Lambeck

So manches, was derzeit im Umfeld des NSA-Untersuchungsausschusses passiert, erscheint dem Beobachter merkwürdig. So sollen die Obleute des Bundestagsgremiums bestimmte Akten prüfen dürfen. CDU-Obmann Roderich Kiesewetter, seines Zeichens ehemaliger Generalstabsoffizier, beteuerte vor Journalisten, dass in den Akten keine Schwärzungen erfolgt seien. Ganz andere Erfahrungen machte Obfrau Martina Renner von der Linkspartei. Demnach seien nicht nur Personennamen, sondern »teilweise ganze Seiten geschwärzt« worden, so Renner am Mittwoch.

Ohnehin sabotiert die Bundesregierung die Arbeit des Aus-

schusses nach Kräften. Nicht nur, dass sie bestimmte Akten zu »laufenden Verfahren« nicht rausrücken will. Sie hintertreibt zudem die Zeugenbefragung des Whistleblowers Edward Snowden. In einer neuen Stellungnahme für den Ausschuss, in der es fast ausschließlich um die Ladung des ehemaligen NSA-Mitarbeiters geht, gelingt es der Regierung, die wichtigsten Fragen unbeantwortet zu lassen. Weder sei dort geklärt, ob der US-Amerikaner zur Festnahme ausgeschrieben ist, noch ob es einen Auslieferungsschutz für ihn gibt, kritisierte Renner.

In dem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Schreiben wird bestätigt, dass es seit dem 3. Juli 2013 ein Auslieferungersuchen der US-Regierung gebe. Die Frage jedoch, ob diesem Ersuchen Folge zu leisten wäre, prüfe man noch, so die Bundesregierung. Somit tappen die Ausschussmitglieder weiterhin im Dunkeln. Ohnehin ist die Vorla-

dung Snowdens einer der großen Streitpunkte im Gremium. Obwohl eine Mehrheit der Obleute für eine Befragung des Amerikaners stimmte, sei bislang noch keine

Generalbundesanwalt Harald Range hat mit Ermittlungen wegen des abgehörten Handys der Bundeskanzlerin begonnen.

Ladung ergangen, unterstrich Renner. Während Union und SPD den Whistleblower auch in seinem Exil in Moskau aufsuchen würden, drängen Grüne, LINKE und Snowdens Anwalt Wolfgang Kaleck auf eine Befragung in Berlin. Eine »zeugenschaftliche Befragung« sei nur in Deutschland möglich, so Renner.

Derweil hat Generalbundesanwalt Harald Range mit Ermittlungen wegen des abgehörten Handys von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) begonnen. Er habe ein Ermittlungsverfahren »gegen Unbekannt« eingeleitet »wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit im Zusammenhang mit dem Abhören eines Mobiltelefons der Kanzlerin«, sagte Range am Mittwoch. Vorermittlungen hätten »Anhaltspunkte« erbracht, dass Angehörige US-amerikanischer Nachrichtendienste das Telefon ausgespäht hätten, teilte seine Behörde in Karlsruhe mit.

Für weniger drängend hält Range offenbar das millionenfache Ausspähen der persönlichen Daten von Bundesbürgern durch die NSA. Zwar behalte er sich Ermittlungen vor, so Range. Einen Verdacht auf Straftaten erkennt die Bundesanwaltschaft jedoch nicht – rund 2000 Strafanzeigen zum Trotz.

BER: Technikchef nach Vorwürfen entlassen

Piraten fordern Aufklärung zu weiterem Fall von Auftragsvergabe

Berlin. Am Flughafen BER muss mittlerweile der dritte Technikchef gehen. Nach Korruptionsvorwürfen wurde Jochen Großmann gekündigt, erklärte Flughafenchef Hartmut Mehdom am Mittwoch im Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses. »Ich habe diesem Mann getraut«, sagte Mehdom. In den Vernehmungen durch die Staatsanwaltschaft habe Großmann jedoch bereits »schon halbwegs seine Schuld eingestanden«. Mehdom hatte Großmann, der seit April dieses Jahres für die besonders wichtige Brandschutzanlage am Flughafen in Schönefeld zuständig war, in der vergangenen Woche zunächst beurlaubt, nachdem die Strafverfolgungsbehörden das Büro des wichtigen Ingenieurs durchsucht hatten. Die Staatsanwaltschaft wirft Großmann Bestechlichkeit vor, er soll einer Firma gegen Geld in sechsstelliger Höhe einen Auftrag offeriert haben.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD), der auch Aufsichtsratsvorsitzender des milliardenschweren Großprojektes ist, bezeichnete den Korruptionsfall am Mittwoch im Abgeordnetenhaus erneut als »Einzelfall«. Nach nd-Informationen wurde möglicherweise auch bei einer weiteren Auftragsvergabe der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg ein angeworbenes Unternehmen nicht überprüft. Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zum BER im Berliner Landesparlament, Martin Delius (Piraten), fordert deshalb im »neuen deutschland«, weitere zweifelhafte Aufträge aufzuklären. mkr Seite 11

Merkel droht Russland weitere Sanktionen an

Poroschenko prüft Verhängung von Kriegszustand für Ost-Ukraine

Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat von Russland stärkere Anstrengungen zur Stabilisierung der Lage in der Ukraine gefordert. »Was wir aktuell sehen, ist allenfalls ein gemischtes Bild«, sagte sie am Mittwoch in einer Regierungserklärung im Bundestag vor Beginn des Gipfels der führenden westlichen Industriestaaten (G7) in Brüssel. Zwar gebe es von Moskau ermutigende Zeichen, etwa die Präsidentenwahl in der Ukraine zu respektieren. Präsident Wladimir Putin müsse aber endlich seinen Einfluss in der Ostukraine geltend machen, um der Gewalt durch Separatisten Einhalt zu gebieten.

Die G7-Staaten treffen sich am Mittwoch und Donnerstag in Brüssel erstmals seit 16 Jahren ohne Russland und damit nicht im Format der G8. »Die G8 sind eben nicht nur eine ökonomische Gemeinschaft, sondern sie sind auch eine Gemeinschaft, die Werte teilt«, meinte die Kanzlerin. Dazu gehöre die Achtung des Völkerrechts. Merkel bekräftigte, dass die westliche Politik einem »Dreiklang« folge. Es gehe um Unterstützung der Ukraine sowie um einen Dialog mit Russland, um eine diplomatische Lösung zu finden. Sollten Tendenzen der Einschüchterung in der Ukraine nicht aufhören, sei die EU auch bereit, weitere Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Die anschließende Debatte endete in einem Eklat, als Abgeordnete der Grünen und der LINKEN gegenseitig schwere Vorwürfe erhoben. Den gewählten Präsidenten Petro Poroschenko will Merkel am Donnerstag zu einem Abendessen in Berlin empfangen.

Poroschenko kündigte gegenüber US-Präsident Obama in Warschau für die Zeit nach Amtsantritt eine Friedenslösung an. Zugleich werde eine Verhängung des Kriegszustandes über die östlichen Regionen Donezk und Lugansk geprüft. Dort hielten die bewaffneten Kämpfe an. dpa/nd Seiten 4, 5 und 7

